

den von der Beschäftigung bei dieser großen Firma ausgeschlossen sind, deren Unternehmung von Tausenden von Juden gefördert wird.

Ein zweiter Freund von mir erzählte mir einen anderen brutalen Vorfall, der mich fast an die zaristischen Tage in Rußland erinnert. Eines Tages mußte er einen Geschäftsbesuch in einer Gegend der Stadt, die größtenteils von Christen irischer Abkunft bevölkert ist, machen. Nachdem er seinen Auftrag erledigt hatte, kam er auf demselben Wege zurück. Als er die 25. Straße zwischen der 8. und 9. Avenue entlang ging, die nur einen Häuserkomplex von der 7. Avenue entfernt ist, in der sich das Zentrum der größten jüdischen Bekleidungsindustrie befindet, bemerkte er eine Gruppe von jungen Christenjungens, die sich auf der anderen Seite ziemlich verdächtig benahmen. Obwohl er begriff, daß sie etwas Uebles im Sinne hatten, kümmerte er sich nicht um die Jungen und ging weiter. Bald spürte er einen harten Schlag an seiner Schulter, ein anderes Wurfgeschloß schlug ihn an den Kopf und mein Freund war gezwungen, in einen nahen Laden zu flüchten, um sich vor ernstere Tätlichkeiten zu schützen. Und was diesen Vorfall noch schändlicher erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß das Hauptquartier der Feuerwehr der Stadt auf der Seite liegt, auf der mein Freund entlang ging und daß mehrere Feuerwehrleute den „Scherz“ beobachteten und, anstatt ihm zu Hilfe zu kommen, die Jungen nur durch ihr Lachen ermutigten.

Es war augenscheinlich ein großer Spaß für die Raufbolde und die Feuerwehr, einen Juden zu verletzten! Und dies ereignete sich in einer Stadt, wo Millionen von Juden leben, wo der jüdische Beitrag an Steuern die Erhaltung der Polizei- und Feuerwehrabteilungen ermöglicht.

Jetzt eine andere interessante Tatsache! Als Morris Hilquit, der berühmte Sozialist, sich um das Amt des Bürgermeisters bewarb, wurde mir erzählt, pflegte eine Anzahl von christlichen Radikalmachern geschlossen zu allen sozialistischen Versammlungen unter freiem Himmel zu kommen und den Rednern und allen Juden von Newyork mit körperlichen Angriffen zu drohen, falls Hilquit zum Bürgermeister gewählt würde. Tatsächlich erschienen einige schwankende jiddische Zeitungen mit glühenden Leitartikeln, in denen die Juden gebeten wurden, nicht für Hilquit zu stimmen und dadurch einen Ausbruch des Antisemitismus zu verhüten, der einen ersten Charakter annehmen könnte. Sind die Juden nicht unterwürfig?

Es erschienen in Newyork sogar einige einflußreiche englische Zeitungen mit gehässigen Leitartikeln, die die „Ausssprache“ von Hilquits Englisch belächelt bespöttelten, in denen ihren Lesern hinterlistig zu verstehen gegeben wurde, daß der Jude Hilquit nicht zum Bürgermeister der Stadt Newyork gewählt werden sollte. Viele im öffentlichen Leben stehende Männer, dieselben, die sich so gern bei jüdischen Feierlichkeiten zu zeigen pflegten und uns bis zum Himmel lobten, waren nun über die Tatsache beunruhigt, daß ein Jude zum Bürgermeister von Newyork gewählt werden könnte. Wir sind gute Bürger, aber nicht gut genug, um wichtige Stellen einzunehmen! (Forts. folgt.)

Im Zeichen des Schwarzbart-Prozesses

Der Aufruf der Führer der französischen Intellektuellen.

Paris. Die Presse widmet dem am 18. Oktober beginnenden Prozeß gegen Schalom Schwarzbart, der den ukrainischen Ataman Petljura ermordet hat, große Aufmerksamkeit. Die von dem Staatsanwalt verfaßte Anklageschrift, in welcher Petljura als ukrainischer Patriot und als eine „moralische“ Persönlichkeit, dem die Organisation von Pogromen fernliegen mußte, bezeichnet und die Persönlichkeit Schwarzbarts in den dunkelsten Farben geschildert wird, wird von einem Teil der Pariser Presse scharf kritisiert. Einige Zeitungen drucken den von einer großen Zahl Führer der französischen Intellektuellen schon im Jahre 1920 veröffentlichten „Appell an die Menschheit“ ab, in welchem es u. a. heißt: „Im Namen des menschlichen Gewissens, im Namen der moralischen Verantwortung, die jeder Mensch für

Die Unterzeichneten appellieren an alle Völker der Welt, und bitten sie, ihre Stimmen dagegen zu erheben, daß ein Volk Opfer niedrigster Verbrechen wird. Ueberall müssen Verteidigungskomitees für die Ostjuden entstehen, die eine energische Aktion gegen die Unterdrücker einzuleiten haben. Die öffentliche Meinung, die Presse und die Parlamente müssen ihre Stimmen erheben, die freien Völker und Regierungen sind verpflichtet, der frevelhaften Vergewaltigung der Menschenrechte Einhalt zu gebieten.“

Der Aufruf war u. a. unterschrieben von Anatole France, Paul Apel, Prof. Aulard, Henry Barbusse, George Duhamel, Prof. Charles Gide, Senator Emile Combes, Michael Cordey, Gustave Hervey, Victor Marguerite, Senator de Monzy n. v. a. Die noch lebenden Unterzeichner dieses Aufrufes erklärten auf Befragen, sie stehen noch heute zu ihrem Aufruf und wünschen, daß die damalige jüdische Tragödie in der Ukraine bei Gelegenheit des Prozesses Schwarzbart wieder aufgerollt werde, damit das Weltgewissen, das auf den Aufruf von 1920 nicht reagierte, jetzt endlich wach gerüttelt werde.



Bitte auf diese Marke zu achten! Markt 10

W. Kretschmar, Inh. Rob. Mahne

praktischer Hemdenschneider

Tadellos sitzende Oberhemden und jegliche Herrenwäsche nach eigenem Idealsystem. Krawatten-Neuheiten — Geschäftsgründg. 1939

seinen Mitmenschen trägt, richten die Unterzeichneten den folgenden Aufruf an alle Völker der Welt und speziell an das französische Volk:

Ein Schrei des Entsetzens und tiefer Pein dringt zu uns aus Osteuropa. Die Juden, die seit Jahrhunderten dort wohnen, werden jetzt unbarmherzig vertilgt als die Opfer der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Kämpfe. Der ganze Ambitionskampf der Völker, Regierungen und Parteien, der ganze blutige Wahnsinn des Bürgerkrieges entläßt sich heute mit einer verbrecherischen Brutalität auf die unglückliche jüdische Minderheit. Hunderte ukrainische Städte wurden durch Pogrome verwüstet, Zehntausende jüdische Opfer sind gefallen. Die Tage der schrecklichsten Inquisition sind wieder da, denn den Metzelleen gehen fürchterliche moralische und physische Peinigungen der Opfer voraus. Der Judenschlag der Ukraine droht vollständiger Untergang. Millionen Männer, Frauen und Kinder haben unsagbare Leiden zu erdulden und stehen weifenlos dem Tode und der Schändung gegenüber. Was der Krieg von jüdischem Vermögen noch zurückgelassen hat, wird jetzt systematisch geraubt und zerstört.

Dies geschieht mitten im zivilisierten Europa bei Beginn einer neuen Epoche der Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt. Solche Verbrechen müssen das menschliche Bewußtsein in Aufruhr bringen.

Ein offenes Schreiben des früheren ukrainischen Ministers Pinchas Krasni an den Pariser Oberstaatsanwalt

Paris. Herr Pinchas Krasni, der in der ersten Regierungszeit Petljuras Minister für jüdische Angelegenheiten war und noch jetzt in der Ukraine lebt, richtete an den Pariser Generalstaatsanwalt ein Schreiben mit der Bitte, ihn als Zeugen in dem Prozeß gegen Schwarzbart zu vernehmen. Er drückt seine Verwunderung darüber aus, daß mehrere frühere ukrainische Minister, wie Prokopowitsch, Mazepa, Schulgin, Mokarschewski usw., die selbst durch die jüdischen Pogrome belastet sind, als Zeugen erscheinen dürfen, während er, der gewesene jüdische Minister, nicht geladen wird. Der Prozeß, führt Krasni aus, hat nicht nur eine große historische Bedeutung, sondern er hat auch die Mission, das menschliche Gewissen gegen weitere Grausamkeiten aufzurütteln. Er soll zeigen, daß der Plan von Petljura und seinem Kreise, auf dem Blut und den Knochen des jüdischen Volkes einen zeitweiligen Volkswohlstand aufzubauen, in dem gleichen Blut ersticken mußte. Die furchtbare Tragödie der drei Millionen ukrainischer Juden ist noch heute nicht überwunden. Auf der ganzen Erde irren 200 000 Vollwaisen umher, deren Eltern durch die blutige Hand des „Hauptatamans der ukrainischen Volksrepublik“, Semjon Petljura, vernichtet worden sind. Diese Waisen sollen erfahren, daß es in der Welt noch Gerechtigkeit gibt. Niemand auf der Welt hat die große Parole des französischen Volkes von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ so tief geschändet wie Petljura und seine Banden. Die französischen Richter müssen sich zu der ganzen Höhe ihrer historischen Aufgabe erheben. Der Prozeß gegen Schwarzbart muß mit einer Verurteilung des größten Verbrechers, der je gegen die leidende Menschheit gewütet hat, des Semjon Petljura, enden.

Die Vorgeschichte des Hitler-Putsches

München. Der Ausschuß des Bayerischen Landtags, der die Vorgeschichte des Hitler-Putsches und die Zusammenhänge bei dem bewaffneten Aufmarsch der Nationalsozialisten auf dem Oberwiesenfeld am 1. Mai 1923 untersuchen soll, hat nun seine Arbeit begonnen, und zwar mit einer schweren Anklage gegen den bayerischen Justizminister Gärtner, der seine schützende Hand über Hitler gehalten und um die Niederschlagung der Angelegenheit bemüht war. Sehr interessant sind die Feststellungen des Berichterstatters Dr. Högnner über die Geldquellen der Nationalsozialisten. Aus der Schweiz sind nach schweizerischen Feststellungen 33 000 Franken nach Deutschland geflossen. Die Beziehungen der Nationalsozialisten zu Henry Ford sind nicht geklärt. Nach einer Zeugnisaussage, die bei den Akten ist, soll Ford mit dem verstorbenen Herausgeber des „Völkischen Beobachters“, Dietrich Eckart, zusammengekommen sein. Zugeständenermaßen ist bei den Nationalsozialisten auch französisches Geld eingeleitet worden. Die Empfänger sollen aber den Geldgeber als Landesverräter angezeigt haben. Reiche Mittel sind Hitler aus der Industrie zugeflossen. Geheimrat Aust, Vorstandsmitglied des Bayerischen Industriellenverbandes, hat vor dem Ermittlungsrichter ausgesagt, Hitler habe vor bayerischen Industriellen einen Vortrag gehalten und darauf Geldspenden in Empfang genommen. Weitere Unterstützung bekam Hitler von dem Pianofortefabrikanten Bechstein in Berlin. Als weitere Geldgeber wird eine Reihe württembergischer Industrieller genannt, ferner Prinz Arenberg, Dr. Grand (Augsburg), der durch den Anschlag auf General v. Seeckt bekannt geworden ist; ferner finden sich in den Akten die Borsigwerke in Berlin, die der dortigen Polizei als Geldgeber der deutschvölkischen Freiheitsbewegung amtsbekannt sind. Ueber die Verwendung der vielfach Hitler persönlich übergebenen Gelder kam es in der

nationalsozialistischen Parteileitung öfters zu heftigen Auseinandersetzungen. Im Mai 1924 brechen die Ermittlungen über die Geldquellen plötzlich ab.

Berlin. Der Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ teilt aus München mit, es scheine, daß die Nationalsozialisten im Mai 1923 einen regulären Putsch gegen die Staatsregierung noch nicht beabsichtigt hätten; sie haben damals zunächst wohl nur an die von Hitler programmatisch geforderte „innere Reinigung“ gedacht, d. h. an ein Pogrom gegen „unbeliebte Persönlichkeiten“ der Linken und „begüterte Juden“.

Niederlage der Völkischen

Berlin. Bei den in Hamburg stattgefundenen Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft haben die Nationalsozialisten nur die Hälfte ihrer bisherigen Mandate, nämlich zwei, erhalten können. Die bisher in Hamburg regierende Koalition von Sozialdemokraten, Demokraten und Volkspartei verfügt über eine klare Mehrheit auch in der kommenden Bürgerschaft. Neben den Sozialdemokraten und Demokraten ist auch die Deutsche Volkspartei mit einer scharfen Parole gegen den Antisemitismus in den Wahlkampf getreten. Der Generalsekretär der Partei, W. O. Rose, führte in einer Wahlversammlung aus, es könne sich kaum ein Finanzminister anderer Länder des Reiches rühmen, eine so günstige Anleihe vom Ausland erhalten zu haben, wie der Chef der Finanzdeputation, Senator Cohn. Auf die nationalistische Einwendung, daß in Hamburg der jüdische Geldsack regiere, warburg der heimliche Regent wäre, ein Jude die Finanzen verwalte, wandte sich der Redner ganz energisch gegen den Antisemitismus, den er als eine Bewegung kennzeichnete, die keinerlei geistigen Einschlag zeigt. Eine liberale Partei, wie die Deutsche Volkspartei, würde sich immer gegen den Antisemi-

tismus wenden. Hamburg, in dem in alten wie in neuen Zeiten jüdische Mitbürger große Leistungen für die Wirtschaft wie für den Staat vollbracht hätten, würde über den Antisemitismus zur Tagesordnung übergehen. Bedauerlicherweise hätten die Deutschnationalen, die schon als ihren Spitzenkandidaten einen Mann radikal-antisemitischer Gesinnung aufgestellt hätten, ein völliges Wahlkartell mit den Völkischen abgeschlossen. Selbst bei einer Erstarbung der Deutschnationalen Volkspartei würde diese mit ihrem antisemitischen Einschlag in der Freien und Hansestadt Hamburg kaum Partner finden. Bei den in Königsberg stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen ist der völkisch-soziale Block von sieben auf ein Mandat herabgesunken.

Die Völkischen trauern nicht um Maltzan, weil er eine jüdische Mutter hatte. Berlin. Der Meldung über das Flugzeugunglück bei Schleiz, bei dem der deutsche Botschafter in Washington, Baron Ago v. Maltzan, den Tod fand, fügte der „Völkische Beobachter“ den Satz hinzu: „Wir trauern nicht um den Halbjuden Maltzan.“ Dazu schreibt Graf Albrecht Montgelas in der „CV.-Zeitung“: „Also dieser gescheite und tüchtige Deutsche, dessen plötzlicher Tod eine fast nicht auszufüllende Lücke hinterläßt, war ‚Halbjude‘. Seine Mutter nämlich, die im Frühjahr 1924 verstorbene Barqin Adelheid v. Maltzan, war ein Fräulein Bierbaum aus Berlin.“ Graf Montgelas beklagt es tief, daß „Deutschland das einzige Kulturland ist, wo es diese Art blöden und schädlichen Antisemitismus gibt“.

Die wievielte Friedhofsschändung? Berlin. Die „Vossische Zeitung“ meldet: Von unbekanntem Tätern wurde der alte israelitische Friedhof in Bockenheim in gemeinster Weise geschändet. Es wurden Grabsteine umgeworfen, Blumen aus den Gräbern gerissen und auf Grabsteine Aufschriften gemalt, wie „Judas Ischarioth“; auch wurden Hakenkreuze auf den Grabsteinen angebracht, und alle Wege wurden verunreinigt.